

Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 7. November 2007 (VII/15), von
14.00 Uhr bis 19.15 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Ralf Bill, AUF	
Prof. Dr. Hartmut Ewald, IEF	
Prof. Dr. Rainer Fietkau, MEF	ab 14.15 Uhr
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, MEF	ab 14.20 Uhr bis 17.15 Uhr
Prof. Dr. Mathias Paschen, MSF	
Prof. Dr. Igor Pochoshajew, THF	
Prof. Dr. Hans-Joachim Schütz, JUF	bis 17.15 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Sucharowski, PHF	bis 18.45 Uhr
Prof. Dr. Dieter G. Weiss, MNF	
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski, PHF	bis 18.15 Uhr
Dr. Andreas Crusius, MEF	ab 14.25 Uhr, ab 16.30 Uhr bis 19.00 Uhr Stv. Prof. Dr. Marianne Wigger, MEF
Dr. Bernd Karstens, IEF	bis 19.00 Uhr
Dr. Arne Schoor, MNF	bis 18.45 Uhr
Stud. Sandro Geister WSF	
Stud. Vivien Günzel, WSF	ab 14.45 Uhr
Stud. Daniel Münzner, MNF	
Stud. Patrick Hoppe, JUF	i. V. für Stud. Tanja Voigt, JUF; bis 17.30 Uhr
Ursula Keßler, K/D2	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Thomas Strothotte	Rektor; bis 19.00 Uhr
Prof. Dr. Ronald Redmer	Prorektor
Stud. Johannes Saalfeld	Prorektor; ab 14.45 Uhr bis 17.00 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang Schareck	Präsident Konzil; bis 17.45 Uhr
Maik Walm	Vizepräsident Konzil; ab 17.45 Uhr
Joachim Wittern	Kanzler; bis 18.15 Uhr
Prof. Dr. Elmar Mohr	Dekan AUF
Prof. Dr. Lienhard Pagel	Studiendekan IEF; bis 18.45 Uhr
Prof. Dr. Alfred Leder	Dekan MSF; bis 18.00 Uhr
Prof. Dr. Udo Kragl	Gründungsdekan INF; bis 15.30 Uhr
Prof. Dr. Wolfgang März	Dekan JUF
Prof. Dr. Dieter Neßelmann	Dekan MNF
Prof. Dr. Detlev Wannagat	Prodekan PHF
Prof. Dr. Thomas Klie	Dekan THF; bis 17.45 Uhr
Prof. Dr. Doris Neuberger	Prodekanin WSF
Prof. Dr. Gottfried Benad	Ehrensensator; bis 15.45 Uhr
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator; bis 17.45 Uhr
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator
Prof. Dr. Horst Pätzold	Ehrensensator; bis 15.45 Uhr
Prof. Dr. Katja Koch	Behindertenbeauftragte; bis 17.30 Uhr
Frank-Holger Acker	StuRa-Präsident; bis 17.30 Uhr

Doreen Klockziem
Dr. Sybille Bachmann

AStA-Vorsitzende
Personalrat

geladene Gäste:

Prof. Dr. Alfred Flint, MNF

zu TOP 5

Vorläufige Tagesordnung:

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 10. Oktober 2007 (VII/14)
- 3 Beschlusskontrolle
 - Sachstand zur Entwicklung eines Strategiekonzepts der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät

Bericht: Prof. Dr. Mohr, Dekan der AUF
Vorlage: VII/145
- 4 Information der Universitätsleitung / Anfragen an die Universitätsleitung

II Strukturangelegenheiten

- 5 Anhörung über die Einrichtung eines Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZLB) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Rostock
Bericht: Prof. Dr. Flint, Vorsitzender der Reformkommission Lehrerbildung
Vorlage: VII/144

III Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 6 Beschlussfassung über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „Honorarprofessor“ an PD Dr. Klaus Dommisch
Bericht: Senator Prof. Dr. Ewald , Koreferent
Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission
Vorlage: VII/142
- 7 Beschlussfassung über den Antrag der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Myrtill Simkó
Bericht: Senator Prof. Dr. von Wensierski, Koreferent
Prof. Dr. Neßelmann, Dekan der MNF
Vorlage: VII/130

IV Rechtsangelegenheiten

- 8 Beschlussfassung zu Struktur und Aufgaben des Rektorats (§§ 18 bis 20 der neuen Grundordnung)
Bericht: Senatorin Dr. von Oeynhausen, Vorsitzende der Strukturkommission
Vorlage: VII/141

V Wahlen

- 9 Wahl des studentischen Mitgliedes (graduierter Student) der Vergabekommission der Universität Rostock und seines Vertreters
Bericht: Prof. Dr. Redmer, Prorektor
Vorlage: VII/133

VI Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 10 Stellungnahme zum Beschluss der Philosophischen Fakultät zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an das Ehrenmitglied der Universität Rostock Dr. Hartwig Bernitt
Bericht: Senator Prof. Dr. Sucharowski, Prodekan für Forschung an der Philosophischen Fakultät
Vorlage: VII/140
- 11 Beschlussfassung zum Leitbild der Informationspolitik an der Universität Rostock
Bericht: Rektor
Vorlage: VII/143

VII Informationen

I Regularien

zu 1

Der Senat war zu Beginn mit 16 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 20, 18, 17, 16, 14 resp. 12 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Der Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und die Gäste. Besonders begrüßt wurden die Ehrensenatoren, der neu gewählte studentische Senator Sandro Geister, der StuRa-Präsident Frank-Holger Acker, die AStA-Vorsitzende Doreen Klockziem, der Dekan der Juristischen Fakultät Prof. Dr. Wolfgang März sowie die Prodekanin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. Doris Neuberger. Prof. Dr. Udo Kragl, Gründungsdekan der Interdisziplinären Fakultät, wurde von den Mitgliedern des Senats per Akklamation als beratendes Mitglied in den Senat aufgenommen.

Senator Prof. Dr. Schütz beantragte den Tagesordnungspunkt 11 zu streichen, da dem Senat hier keine Beschlusskompetenz obliegt und ein Beschluss ohne rechtliche Grundlage rechtswidrig wäre. In der folgenden Aussprache betonte der Rektor, dass er aufgrund der Bedeutsamkeit der Thematik das Einvernehmen mit dem Senat herstellen wollte, die Beschlusskompetenz jedoch dem Rektorat zugeordnet ist. Senator Prof. Dr. Schütz verdeutlichte, dass diese Thematik im Hinblick auf § 16 der Grundordnung nicht in die formalen Kategorien einzuordnen ist und daher als Information der Universitätsleitung zu werten ist. Die Mitglieder des Senats befürworteten einstimmig die Verschiebung des Tagesordnungspunkts 11 als Information in Tagesordnungspunkt 4.

Der Senat bestätigte gemäß § 7 Absatz 5 Satz 4 der Geschäftsordnung die endgültige Tagesordnung.

zu 2

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Senats vom 10. Oktober 2007 (VII/14) wurde mit der folgenden Änderung genehmigt:

Seite 6, Sachstand Konzeptentwicklung der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät; „...seine Interpretation des Gutachtens...“ wird ersetzt durch „... dessen Interpretation des Gutachtens ...“

Der Vorsitzende erwähnte an dieser Stelle, als Reaktion auf die letzte Sitzung, ein Schreiben an Prof. Dr. Weber, Juristische Fakultät, mit der Bitte die Wortwahl den akademischen Usancen anzupassen. In der Antwort auf dieses Schreiben heißt es, dass Prof. Dr. Weber nicht bereit ist, sich in seiner Wortwahl einschränken zu lassen.

zu 3

Der Vorsitzende des Senats bat die Universitätsleitung um das Ergebnis der Prüfung des Abstimmungsprocedere bei der Interdisziplinären Fakultät. Der Rektor erläuterte, dass das Justitiariat die Prozedur geprüft und für rechtens befunden hat. Der Kanzler ergänzte, dass die Wahlordnung auf die Struktur der INF nicht anwendbar ist, da es sich bei der INF um eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung handelt.

Zum Sachstand der Landesgraduiertenförderung berichtete der Kanzler, dass vom Land ein Landesgraduiertenförderungsgesetz konzipiert wird. Die Förderung soll aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für anwendungsbezogene Forschung erfolgen. Ein geringer Teil, der dann auch die Landesgraduiertenförderung im geisteswissenschaftlichen Bereich abdeckt, wird aus Landesmitteln finanziert. Frau Keßler ergänzte die Zahlen aus dem Haushaltsplan:

		Universität Rostock		
		HH-Plan 2007	HH-Plan-Entwurf 2008	HH-Plan-Entwurf 2009
Landesmittel:	BM	300.521	223.410	177.924
	WM	111.670		
ESF		53.700	346.510	389.810
Σ		465.891	569.920	567.734

in Euro

Auf Nachfrage erläuterte Frau Keßler, dass die Landesmittel um ca. 20 % zurückgefahren wurden. Der Vorsitzende wies auf das Schreiben der Universität an das Bildungsministerium hin, das dem Senat zur Kenntnis gegeben werden sollte. Das Schreiben wird vom Kanzler zur Verfügung gestellt und diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Rektor wird seinen Rechenschaftsbericht vor dem Senat am 9. Januar 2008, um 14.00 Uhr in der Aula ablegen. Im Anschluss ist eine halbstündige Aussprache vorgesehen. Die Mitglieder des Konzils erhalten eine separate Einladung.

Prof. Dr. Mohr, Dekan der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät, erläuterte die Vorlage VII/145 zum Sachstand zur Entwicklung eines Strategiekonzepts der Agrar- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät. Er berichtete, dass der Fakultätsrat am 6. November 2007 das Forschungskonzept beschlossen hat. Dieses wird, nach Abstimmung mit dem Rektorat, dem Senat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Es beinhaltet, basierend auf den vorhandenen Stärken, vier Forschungsschwerpunkte. Prof. Dr. Mohr betonte außerdem, dass das Forschungsinstitut für die Biologie land-

wirtschaftlicher Nutztiere (FBN) in Dummerstorf an einer weiteren Kooperation mit der Fakultät interessiert ist. Gemeinsame Berufungen und die Beteiligung des FBN an der Entwicklung des Konzepts sprechen dafür. Auf Nachfrage von Senator Prof. Dr. Weiss berichtete der Dekan, dass das FBN durch die Leibniz Gemeinschaft evaluiert wurde und die Forschungsleistungen durchweg positiv bewertet wurden. Allerdings wurde dem FBN empfohlen, nach dem derzeitigen Stand nicht weiter mit der Universität Rostock zu kooperieren. Der schriftliche Bericht der Gemeinschaft liegt aber noch nicht komplett vor. Weiterhin führte Prof. Dr. Mohr aus, dass die Fakultät eine von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats abweichende, in diesem Fall breitere, Fokussierung vorgenommen hat, da der Wissenschaftsrat eine Zuordnung der Professuren und Kompetenzen festgelegt hat, die der Fakultät nicht Rechnung trägt. Im weiteren Verlauf drehte sich die Aussprache um die Einbindung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und die Notwendigkeit der Entwicklung eines Lehrkonzepts.

Auf Nachfrage von stud. Senator Münzner berichtete der Rektor zum Sachstand der Masterfähigkeit der Betriebswirtschaftslehre. Im Laufe des nächsten halben Jahres wird die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen den Prozess begleiten und die betroffenen Institute evaluieren. Ergebnisse werden zu Beginn des Sommersemesters 2008 erwartet. Der Rektor hält den Ansatz externer wissenschaftlicher Maßstäbe für erforderlich. Zur Frage neuer Ausschreibungen erklärte der Rektor, dass dann Einzelfallprüfungen folgen werden. Der Rektor erläuterte weiterhin, dass das Fach selbst der Meinung ist, noch nicht hinreichend für den Master-Studiengang ausgestattet zu sein. Der Kanzler ergänzte, dass die Stellensparbeschlüsse des Senats/des Rektors der vorherigen Periode hier Einfluss nehmen. In der weiteren Diskussion wurde aus den Reihen des Senats Kritik an der Vorgehensweise zur Prüfung der Masterfähigkeit der Betriebswirtschaftslehre geäußert.

II Strukturangelegenheiten

zu 5

Prof. Dr. Flint, Vorsitzender der ständigen Reformkommission Lehrerbildung, erläuterte anhand der Vorlage VII/144 die geplante Einrichtung eines Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZLB) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Rostock. Ziel ist es, die Lehramtsausbildung durch Schaffung einer institutionellen Plattform zu koordinieren und im Bereich der Bildungsforschung Ressourcen zu bündeln sowie Projekte zu initiieren, zu koordinieren und logistisch zu unterstützen. Zu Beginn sind zwei Bereiche vorgesehen: die Graduate School und die Professional School, die mit Hilfe zweier Geschäftsführer aufgebaut werden sollen. Aufgaben der Professional School werden unter anderem die Beratung, Prüfungsorganisation, Praktikumsbetreuung und Curricula-Entwicklung sein. Im Bereich der Graduate School wird die Koordination von interdisziplinären Forschungsvorhaben im Vordergrund stehen. In der nachfolgenden Aussprache wurde das Für und Wider der Notwendigkeit eines solchen Zentrums beleuchtet. Zur Frage der Einrichtung einer Erziehungswissenschaftlichen Fakultät anstelle des ZLB entgegnete der Rektor, dass das ZLB eine „kleine Lösung“ sei und bei Bewährung die Einrichtung einer Fakultät als Option offen steht. Die Anhörung des Akademischen Senats über die Einrichtung eines Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZLB) als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Rostock ist damit abgeschlossen.

I Regularien (Fortsetzung)

zu 4

Der Rektor informierte über folgende Vorgänge:

- Hochschulrektorenkonferenz

Bei der Hochschulrektorenkonferenz in Heidelberg war das Ergebnis der Exzellenzinitiative Schwerpunkt der Gespräche. Die 35 erfolgreichen Universitäten suchen nun nach Möglichkeiten der Mittelverstärkung. Voraussichtlich wird in vier Jahren eine neue Ausschreibung zur Exzellenzinitiative erfolgen.

- Landesrektorenkonferenz

Bei der letzten Sitzung der Landesrektorenkonferenz wurden erste Erfahrungen bei der Verwendung von Studiengebühren ausgewertet. Die Mittel verbleiben in den Hochschulen und werden unter Mitwirkung der Studierenden vergeben. Die Studierenden verspüren eine Qualitätsverbesserung der Lehre. Neue Projekte können auf den Weg gebracht werden. Die Landesrektorenkonferenz hat einen Brief an den Ministerpräsidenten des Landes M-V entworfen, in dem angeregt wird, die 1.000 € je Studierender als Landesmittel auszureichen, um mit Hochschulen, die Studiengebühren erheben, konkurrieren zu können.

In diesem Zusammenhang sprach der Rektor ein am 7. November 2007 im Radio ausgestrahltes Interview an. Dort wurde der Rektor als Befürworter von Studiengebühren dargestellt. Der Rektor stellte nun richtig, dass er nicht die Studiengebühren befürwortet, sondern nur die Mehreinnahmen daraus haben wolle. Auf Vorschlag von stud. Senator Münzner, wird der Rektor das falsche Zitat öffentlich dementieren.

- Stadt der Wissenschaft

Die Hansestadt Rostock beantragte am 31. Oktober 2007 die Verleihung des Titels „Stadt der Wissenschaft 2009“. Der Rektor bedankte sich bei Senatorin Dr. von Oeynhausen und Dr. Ballschmiter, die maßgeblich an der Erstellung der Antragsunterlagen beteiligt waren.

- Parlamentarischer Abend

Am 6. November 2007 fand in der Landesvertretung M-V in Berlin ein Parlamentarischer Abend statt. Thema war die Vorstellung der neu gegründeten Interdisziplinären Fakultät. Vier Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft waren bei dieser Veranstaltung Gast.

Der Kanzler berichtete von der 9. ordentlichen Mitgliederversammlung von Bunt statt braun e. V. Er ermunterte die Mitglieder des Senats dem Verein beizutreten. Die Aufnahmeanträge werden als Anlage mit diesem Protokoll versandt.

Senator Dr. Schoor berichtete, dass die TU Dresden zur „Familienfreundlichen Universität“ geworden ist und fragte an, was darunter zu verstehen sei. Der Kanzler erläuterte, dass die Bewertung anhand solcher Kriterien wie Kindererziehung und Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorgenommen wurde. Grundsätzlich ist mit dieser Aufgabe nicht die Universität, sondern das Studentenwerk betraut.

Der Vorsitzende des Senats fragte an, wie sich das Verhältnis zur neu gegründeten Privaten Hanseuniversität Rostock gestalten soll. Der Rektor erwiderte, dass die

Verantwortlichen der Hanseuni ihren Antrittsbesuch bei der Universität Rostock gemacht haben. Der Rektor hat von der Hochschulleitung und der Geschäftsführung einen positiven Eindruck gewonnen. Er begrüßt es, dass private Mittel in die Bildung fließen. Die Hanseuni hat die Aufnahme in die Landesrektorenkonferenz beantragt. Die Landesrektorenkonferenz hat jedoch beschlossen die Hanseuni vorerst nicht aufzunehmen, da der Aufnahme ein verfestigter Status, eine Prüfung durch den Wissenschaftsrat sowie die Mitgliedschaft in der Hochschulrektorenkonferenz zu Grunde liegen soll. Vereinzelt gibt es Möglichkeiten zur Kooperation, z. B. ein Vertrag zur Nutzung der Universitätsbibliothek durch Mitglieder der Hanseuni.

Der Rektor berichtete über eine Kleine Anfrage vom Landtagsabgeordneten Mathias Brodkorb. In dieser werden einige Entscheidungen des ehemaligen Rektors Hans Jürgen Wendel kurz vor Ende seiner Amtszeit hinterfragt.

Der Rektor erläutert abschließend die Vorlage VII/143 zum Leitbild der Informationspolitik an der Universität Rostock. Um das Ansehen der Universität Rostock in der Öffentlichkeit zu wahren, sollte eine positive Außendarstellung als Gemeinschaftsaufgabe angestrebt werden. Dieses Leitbild ist jedoch nicht rechtlich verbindlich. Der Rektor bat nun um Rückmeldung aus dem Senat. Der Vorsitzende erklärte eingangs, dass dieses Leitbild in der Presseordnung zu verankern wäre und dann ein Votum des Senats erfolgen kann. Senator Prof. Dr. Schütz gab zu Bedenken, dass die Benennung als Leitbild einen Verbindlichkeitscharakter enthält - im Hinblick auf die Grundordnung, in der das Leitbild der Universität angesprochen wird -, der hier jedoch nicht eingefordert werden kann. Er monierte weiterhin, dass die gewählten Begriffe, z. B. „positive Außendarstellung“, zu unbestimmt sind. Des Weiteren sah er die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit gefährdet. Der Kanzler bemerkte, dass dieses Leitbild als Verhaltenskodex aufgefasst werden sollte. Stud. Senator Münzner betonte, dass die Identifikation mit der Universität nicht erzwingbar ist. Der Rektor merkte an, dass diese Vorlage juristisch sauber ist. Er ist sich bewusst, dass dieses Papier das Problem nicht lösen wird, aber es dokumentiert eine legitime Erwartungshaltung. Der misslich gewählte Begriff „Werbeträger“ für die Universität soll durch „Sympathieträger und Botschafter“ ersetzt werden. Der Kanzler stellte abschließend noch einmal fest, dass eine rechtlich bindende Lösung nicht möglich ist und dieses Leitbild als Ehrenkodex dienen soll.

III Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

zu 6

Senator Prof. Dr. Ewald berichtete als Koreferent über den Antrag der Medizinischen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „Honorarprofessor“ an Dr. Klaus Domisch. Er betonte, dass die Voraussetzungen des § 73 Abs. 2 LHG M-V, fünf Jahre selbstständige Lehrtätigkeit an der Hochschule, hervorragende Leistungen in der beruflichen Praxis, die den Anforderungen an die Berufung als Professorin oder Professor entsprechen und eine wesentliche Ergänzung des Lehrangebots durch die Gewinnung als Honorarprofessorin oder Honorarprofessor, hinreichend erfüllt sind. Im Ergebnis empfahl Senator Prof. Dr. Ewald dem Antrag zuzustimmen. Prorektor Prof. Dr. Redmer bezweifelte die Geeignetheit des Kandidaten für eine Honorarprofessur, insbesondere im Hinblick auf die wissenschaftliche Tätigkeit. Prof. Dr. Ewald unterstrich, dass nicht die wissenschaftliche Tätigkeit, sondern die berufliche Praxis ausschlaggebend ist. Senator Prof. Dr. Guthoff ergänzte, stellvertretend für

Prof. Dr. Pau, Vorsitzender der Habilitationskommission, dass Dr. Klaus Dommisch kein Privatdozent ist, wie in der Vorlage angegeben war.

Der Senat beschloss mit großer Mehrheit in geheimer Abstimmung die Verleihung der Bezeichnung „Honorarprofessor“ an Dr. Klaus Dommisch.

Beschlusnummer: 147 (VII/12)

Abstimmungsergebnis: 15/2/2

zu 7

Als Koreferent stellte Senator Prof. Dr. von Wensierski den Antrag der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät auf Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Myrtill Simkó vor. Er würdigte das zügige Verfahren und berichtete über rundum positive Vota. Im Ergebnis befürwortete Senator Prof. Dr. von Wensierski den Antrag. Nachfragen beantworteten Prof. Dr. Neßelmann, Dekan der MNF, und Senator Prof. Dr. Weiss abschließend.

Die Mitglieder des Senats votierten in geheimer Abstimmung mehrheitlich für die Verleihung der Bezeichnung „außerplanmäßige Professorin“ an PD Dr. Myrtill Simkó.

Beschlusnummer: 148 (VII/130)

Abstimmungsergebnis: 19/0/1

IV Rechtsangelegenheiten

zu 8

Eingangs präsentierte Senatorin Dr. von Oeynhausen einen Vergleich der Grundordnungen der Hochschulen des Landes M-V. Außerdem verwies sie auf den Auftrag des Senats an die Strukturkommission am 3. Januar 2007 zur Vorbereitung der Änderung der Grundordnung sowie den Beschluss vom 4. April 2007 zum Leitungsmodell in der Grundordnung.

Im Ergebnis der darauffolgenden Aussprache sollen folgende Änderungen/Neuerungen in die Grundordnung aufgenommen werden:

§ 18 Absatz 1

Die Universität wird durch ein Rektorat geleitet. Dieses ist für alle Angelegenheiten der Universität zuständig, sofern diese nicht nach dem LHG M-V oder dieser Grundordnung anderen Funktionen innehabenden Personen oder anderen Organen zugewiesen sind.

§ 18 Absatz 2

Das Rektorat ist ein kollegiales Leitungsorgan. Die Mitglieder des Rektorats sind:

1. die Rektorin/der Rektor,
2. die Kanzlerin/der Kanzler,
3. zwei hauptamtliche an der Universität tätige Professorinnen/Professoren,
4. eine immatrikulierte Studierende / ein immatrikulierter Studierender,
5. ein weiteres Mitglied der Universität nach § 50 Abs.1 LHG M-V.

§ 18 Absatz 3

Das Rektorat gibt sich eine Geschäftsordnung, in der insbesondere die Vertretungsreihenfolge und die Aufgabenbereiche der Mitglieder des Rektorats festgelegt werden.

§ 18 Absatz 4

Das Rektorat ist insbesondere zuständig für:

- die Verteilung der Mittel an die Fakultäten, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und zentralen Organisationseinheiten nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 LHG M-V,

- die Grundsätze der leistungsorientierten Mittelverteilung,
- die Erstellung des Entwurfs des Hochschulentwicklungsplans nach Maßgabe des § 15 Abs. 1 LHG M-V
- die Festlegung der Grundsätze für die Zielvereinbarungen,
- die Wiederbesetzung von vakanten Stellen für Professorinnen und Professoren sowie die Umwidmung von Stellen für Professorinnen und Professoren nach Maßgabe von § 59 Abs. 2 i. V. m. § 16 Abs. 3 LHG M-V,
- die übergangsweise Wahrnehmung des vollständigen Aufgabenbereichs einer Professur durch eine Vertreterin / einen Vertreter nach Maßgabe des § 65 LHG M-V,
- die Errichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen nach Maßgabe des § 28 Abs. 4 LHG M-V i. V. m. § 81 Abs. 3 LHG M-V,
- die Errichtung, Änderung oder Aufhebung von Fakultäten und von organisatorischen Untergliederungen, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und zentralen Organisationseinheiten der Universität unter Berücksichtigung von § 81 Abs. 3 LHG M-V,
- die Anerkennung einer außerhalb der Universität befindlichen Einrichtung als wissenschaftliche Einrichtung an der Universität (An-Institut).

§ 18 Absatz 5

Das Rektorat legt dem Akademischen Senat jährlich sowie auf dessen Verlangen Rechenschaft über die Erfüllung seiner Aufgaben ab.

§ 18 Absatz 6

Die gewählten Mitglieder des Rektorats können nur in Verbindung mit einem Vorschlag zur kommissarischen Vertretung abgewählt werden. Weitere Einzelheiten zum Abwahlverfahren sind in der Wahlordnung der Universität geregelt.

§ 19 Absatz 1

Die Rektorin / der Rektor ist Dienstvorgesetzte / Dienstvorgesetzter für das Personal der Universität mit Ausnahme der Kanzlerin / des Kanzlers. Die Rektorin / der Rektor vertritt die Universität nach außen.

§ 19 Absatz 2

Die Rektorin / der Rektor ist insbesondere zuständig für:

- den Vorschlag zur Wahl der Kanzlerin / des Kanzlers an das Konzil,
- die Rechtsaufsicht nach § 84 Abs. 3 LHG M-V,
- die Ausübung des Hausrechts und der Ordnungsgewalt,
- die Rechtsaufsicht über die Studierendenschaft,
- die Genehmigung der Satzung der Studierendenschaft,
- die Genehmigung der Beitragsordnung und der Finanzordnung der Studierendenschaft gemäß § 27 Abs. 1 und 3 LHG M-V,
- die Bestellung der Ombudspersonen gemäß § 24,
- die Zustimmung zur hauptberuflichen Tätigkeit von Personen nach § 50 Abs. 2 Nr. 2 LHG M-V an der Universität,
- die Ernennung der Leiterinnen /der Leiter von zentralen Organisationseinheiten nach § 94 Abs. 2 LHG M-V.

§ 19 Absatz 3

Die Rektorin / der Rektor führt nach Maßgabe von § 84 Abs. 4 LHG M-V in Eilfällen vorläufige Maßnahmen durch. Bei Entscheidungen, die in die Zuständigkeit der Fakultäten fallen, hat sie / er die betroffenen Dekaninnen / Dekane anzuhören, bei Entscheidungen, welche in die Zuständigkeit des Akademischen Senats fallen, dessen Vorsitzende / Vorsitzenden. Die vorläufige Maßnahme bedarf im Nachhinein der Bestätigung durch die an sich entscheidungsbefugte Stelle.

Die Strukturkommission hat für die folgenden Absätze keine Formulierungen vorgelegt, da noch Aussprachebedarf bestand:

zu § 19 Absatz 2

Hier wurde über die Zuständigkeit in Berufungsfragen debattiert. Es wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

- Entscheidungskompetenz beim Rektorat nach Anhörung im Senat
- Entscheidungskompetenz beim Rektorat nach Anhörung im Senat + Vetorecht des Senats
- Entscheidungskompetenz beim Rektorat nach Anhörung im Senat + nachträgliche Berichterstattung im Senat
- Entscheidungskompetenz beim Rektorat ohne Anhörung im Senat
- Entscheidungskompetenz beim Rektorat ohne Anhörung im Senat; Berufungsliste nur im Senat, wenn das Rektorat eine abweichende Entscheidung von der Fakultät trifft

zu § 19 Absatz 4

Hier wurde die Amtszeit des Rektors thematisiert. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Senats sprach sich für eine Amtszeit von 6 Jahren mit einmaliger Wiederwahl aus.

zu § 20

Zum Vorschlagsrecht für die Prorektoren wurde empfohlen:

- Vorschlagsrecht für den studentischen Prorektor beim StuRa, in Abstimmung mit dem Rektor oder mit Vetorecht des Rektors
- Vorschlagsrecht für Prorektoren beim Senat, Wahl durch das Konzil
- Vorschlagsrecht für Prorektoren beim Rektor, Wahl durch das Konzil

Die Amtszeit der Prorektoren soll drei Jahre betragen. Für die Amtszeit des studentischen Prorektors soll ein Jahr mit einmaliger Wiederwahlmöglichkeit festgeschrieben werden.

Die Strukturkommission wird die Vorschläge auswerten und zur nächsten Sitzung die entsprechenden, mit dem LHG M-V konformen Formulierungen vorlegen.

Der Senat beschließt über die neue Grundordnung zum Ende des Wintersemesters 2007/2008.

V Wahlen

zu 9

Prorektor Prof. Dr. Redmer erläuterte, stellvertretend für Prorektor Prof. Dr. Lampe, die Vorlage VII/133 zur Wahl des studentischen Mitglieds (graduierter Student) der Vergabekommission der Universität Rostock und seines Vertreters. Ohne weitere Aussprache wählten die Mitglieder des Senats in offener Abstimmung Herrn Sandro Geister (PHF) als studentisches Mitglied der Vergabekommission und Herrn Stephan Mehlhorn (WSF) als Vertreter für das studentische Mitglied der Vergabekommission.

Beschlusnummer: 149 (VII/133)

Abstimmungsergebnis: 10/0/2

VI Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

zu 10

Prof. Dr. Wannagat, Prodekan der Philosophischen Fakultät, informierte, stellvertretend für Senator Prof. Dr. Sucharowski, Prodekan für Forschung an der Philosophischen Fakultät, über die Vorlage VII/140 zur Verleihung der Ehrendoktorwürde an

Herrn Dr. Hartwig Bernitt. Prof. Dr. Wannagat skizzierte den Werdegang von Dr. Bernitt und betonte dessen Verdienste um die Universität Rostock. Nachfragen aus dem Senat gab es nicht. Der Senat beschloss einstimmig die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Dr. Hartwig Bernitt.

Beschlusnummer: 150 (VII/140)
Abstimmungsergebnis: 12/0/0

VII Informationen

Der Vorsitzende des Senats berichtete, dass Herr Walm und Stud. Senator Münzner aus der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation ausgeschieden sind und bat die studentischen Senatoren, neue Mitglieder für diese Senatskommission zu benennen.

Die nächste Sitzung des Akademischen Senats findet am 5. Dezember 2007 um 14.00 Uhr statt.

bestätigt:

Protokoll:

gez.
Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats

gez.
Wenke Friske-Saß
Referat 1.2